

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 14. Oktober 2024; Bericht

Am 14. Oktober 2024 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Situation im Nahen Osten sowie einen informellen Austausch mit dem britischen Außenminister David Lammy im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitsmittagessens.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell die aktuelle Situation in Georgien, Moldau, am Horn von Afrika sowie in Venezuela und Armenien/Aserbaidshan angesprochen.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine informierte der per Video zugeschaltete ukrainische Außenminister Andrij Sybiha über die schwierige militärische Lage sowie den ukrainischen „Siegessplan“ und stellte klar, dass die Ukraine nicht bereit sei, Staatsgebiet gegen eine NATO-Mitgliedschaft zu tauschen. HV/VP Borrell wies auf den Vorschlag zur Lösung der Blockade der Europäischen Friedensfazilität (EFF) durch freiwillige Beiträge und offene Entscheidungen zur Militärischen Unterstützungsmision der EU (EUMAM Ukraine) und dem G7-Darlehen hin. EU-Sanktionsbeauftragter David O’Sullivan berichtete über Fortschritte bei der Bekämpfung von Sanktionsumgehungen: Prioritäten seien die weitere Arbeit mit der EU-Industrie, die Nutzung der bestehenden Instrumente zur Listung von relevanten Akteuren, Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte und die weitere Reduzierung des russischen Einkommens aus Öl- und Gasverkäufen. Die EU-Mitgliedstaaten bekräftigten die prioritäre Unterstützung für die Ukraine, begrüßten Fortschritte beim G7-Darlehen und forderten die Weiterführung der EUMAM mit angepasstem Mandat sowie eine Lösung der EFF-Blockade. Mehrere EU-Mitgliedstaaten äußerten Unterstützung für die ukrainische

Friedensformel und sprachen sich für weitere Sanktionen aus. Ich informierte über die österreichische Unterstützung für die ukrainische Energieinfrastruktur angesichts der gezielten russischen Angriffe, begrüßte das neue Sanktionsregime gegen hybride russische Bedrohungen und betonte, dass die EU bei diplomatischen Bemühungen auf die Wahrung von Prinzipien wie territoriale Integrität und Souveränität achten, aber auch die eigenen Echokammern verlassen müsse.

Im informellen Austausch mit dem britischen Außenminister Lammy betonte HV/VP Borrell die Bedeutung dieses Austauschs für eine neue Dynamik in den EU-Großbritannien-Beziehungen. Der britische Außenminister Lammy zeigte sich dankbar für das Stattfinden dieses Treffens und äußerte Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. Großbritannien prüfe Möglichkeiten für eine Beteiligung an zivilen und militärischen GSVP-Missionen und strebe Gespräche für eine strategische Partnerschaft sowie ein Sicherheitsabkommen mit der EU an. Im Kontext der gemeinsamen geopolitischen Herausforderungen nannte der britische Außenminister Lammy Russland als die imminenteste Sicherheitsbedrohung Europas. Zunehmende Schwierigkeiten Russlands bei der Beschaffung von militärischem Gerät und bei der Mobilisierung unterstreichen die Bedeutung für die EU, Bemühungen bei Vermögenswerten, Sanktionsumgehungen, militärischer Ausbildung und der Rüstungsindustrie fortzusetzen. Zur Lage in Nahost verwies Lammy insbesondere auf gemeinsame Iran-Sanktionen und betonte die Zweistaatenlösung als einzige langfristig tragbare Option. In der Diskussion begrüßten die EU-Mitgliedstaaten unisono den Austausch mit Großbritannien. Große Einigkeit bestand zugunsten einer Vertiefung der Beziehungen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und regelmäßiger Treffen. Ich betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit der EU mit Großbritannien am Westbalkan und verwies in diesem Zusammenhang auf die bilateralen österreichisch-britischen Bemühungen.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten ging HV/VP Borrell einleitend auf sieben Punkte ein: 1) die Situation im Libanon; 2) die Gefahr einer weiteren regionalen Eskalation; 3) Gaza; 4) Westjordanland; 5) UNRWA; 6) die VNGV-Resolution zum IGH-Rechtsgutachten; und 7) die Globale Allianz zur Implementierung der Zweistaatenlösung. In puncto Libanon seien die Angriffe auf UNIFIL klar zu verurteilen. HV/VP versuchte auf Fortschritte bei Sanktionen gegen gewalttätige israelische Siedler und deren Unterstützer hinzuwirken. Im Hinblick auf die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) betonte er die Notwendigkeit der Auszahlung der dritten Tranche des kurzfristigen Unterstützungspakets der Europäischen Kommission. Ich verurteilte die rezenten Angriffe auf UNIFIL und betonte, dass auch Österreich rund 170 Soldatinnen und Soldaten in der Mission habe.

Bezüglich UNRWA habe auch ich gegenüber Israel kommuniziert, dass die aktuellen israelischen Gesetzesentwürfe nicht im israelischen Eigeninteresse seien. Weiters unterstrich ich die Notwendigkeit, die Palästinensische Autonomiebehörde weiter zu unterstützen. Gleichzeitig dürfe man jedoch nicht blind sein vor der Tatsache, dass EU-Steuer Gelder unter anderem in problematische Schulbücher fließen. Die EU-Mitgliedstaaten verurteilten die Angriffe auf UNIFIL und betonten die Notwendigkeit der Deeskalation in der Region, massiver humanitärer Hilfe, eines Waffenstillstands und der vollständigen Implementierung der VNSR-Resolution 1701.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. November 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister